

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

18.11.1925 (No. 268)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14. Berufsverleger: Nr. 953 und 954. Postkontonummer Karlsruhe Nr. 3616

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. Krauß, Karlsruhe.

Abzugspreis: Monatlich 2.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vorzuziehen ist, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern betrachtet. Bei Anzeigebestellung, dringenderen Anzeigen, und Kontraktverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in dem unserer Verleger, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaufgaben und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

* Die Rückwirkungen

Die deutsche Delegation hat in Locarno die Verträge paraphrasiert in der Voraussetzung, daß die von der Gegenseite zugesagten Rückwirkungen der Unterzeichnung so sein würden, daß auch das deutsche Volk und sein Parlament in seiner großen Mehrheit für die Verträge gewonnen werden könnten. Um diese Rückwirkungen hat sich demnach die ganze Politik der letzten Wochen gedreht. Wir haben schon neulich darauf hingewiesen, daß man eine rasche Veröffentlichung der Rückwirkungen nicht zu erwarten hatte, ja, daß eine übereilte Erledigung dieser Fragen garnicht einmal im deutschen Interesse gelegen hätte. Natürlich mußten die Rückwirkungen so rechtzeitig veröffentlicht werden, daß die Parlamente noch vor dem 1. Dezember, dem Tage der feierlichen und endgültigen Unterzeichnung der Verträge von Locarno, Stellung nehmen könnten.

Die Rückwirkungen sind jetzt veröffentlicht worden. Die Parlamente können also Ende dieser oder Anfang nächster Woche das letzte Wort sprechen. Wie aber sehen die Rückwirkungen aus? Sind sie wirklich so, daß auch der besorgte Patriot ihnen zustimmen kann? Wir meinen, daß man diese Frage mit einem offenen und klaren Ja beantworten kann. Und auch die Reichsregierung hat in übereinstimmung mit dem Reichspräsidenten diese Fragen in der letzten Kabinettsitzung im bejahenden Sinne beantwortet.

Gewiß ist, wie immer wohl bei solchen Gelegenheiten, keine hundertprozentige Lösung gefunden worden. In Sachen der deutschen Luftschiffahrt steht noch eine befriedigende Erklärung der Gegenseite aus, und auch in der Saarfrage sind — ganz abgesehen von dem Wunsch nach einer frühzeitigen Abstimmung — die deutschen Wünsche noch nicht berücksichtigt worden. Aber trotzdem ist das, was die Rückwirkungen positiv Gutes enthalten, so bedeutend und so einschneidend, daß wir keine Veranlassung haben, den guten Willen unserer Verhandlungspartner zu bezweifeln oder ihnen ein zu geringes Maß an Entgegenkommen vorzuerwerfen.

Wer die Veröffentlichungen über die Rückwirkungen studiert, wird sehr bald merken, daß hier in der Tat der Geist von Locarno einen erfreulichen Ausdruck gefunden hat. Begreiflicherweise beziehen sich die Rückwirkungen in der großen Hauptsache auf die Verhältnisse im besetzten Gebiet. Und hier sind allerdings Zugeständnisse gemacht worden, die jedem Volksgenossen, ganz gleich welcher Partei, mit Genugtuung erfüllen müssen. Die Kölner Zone wird in der Zeit vom 1. Dezember bis Mitte Februar geräumt werden und von da an wieder völlig frei sein. Das übrige besetzte Gebiet aber wird nach der Räumung der Rückwirkungen aufatmen dürfen. Denn das Besatzungsregime erfährt eine ganz erhebliche Milderung und Umgestaltung. Sehr wichtig ist vor allem, daß das Delegiertenystem aufgehoben werden wird.

Es haben sonach diejenigen Recht behalten, die immer wieder darauf aufmerksam machten, daß man dem Geiste von Locarno vertrauen dürfe, und daß dieser Geist faktisch die Lore weit geöffnet habe, die zu einer vollkommenen Befriedigung Europas und zu einer Veröhnung der ehemaligen Kriegsgegner führen. Zweifellos wird sich dieser Geist von Locarno nach der offiziellen Unterzeichnung in London noch weiter auswirken. So, wie jetzt die Sicherheitsfrage durch die Verträge von Locarno geregelt wird, besteht kein Grund mehr zu Mißtrauen und Schikanen. An die Stelle des Hasses und der Feindseligkeit tritt das friedliche Arrangement, ja um das Kind beim rechten Namen zu nennen, das Bündnis.

Dieses Bündnis von Locarno, welches Frankreich, England, Italien, Belgien und Deutschland umfaßt, ist allerdings nur ein Schutz- und Friedensbündnis, es fehlt ihm die militärische Spitze gegen einen außerhalb des Bündnis stehenden. Aber das ist ja gerade das Erfreuliche an dem Pakt, daß er lediglih dem Frieden dient, ohne den Kontrahenten die Verpflichtung zu einem gemeinsamen, kriegerischen Vorgehen in einem bestimmten Fall aufzuerlegen. Das Ganze ist zudem in dem Rahmen des Völkerbundes eingefügt und erhält damit eine neue Friedensstütze. Mit Hilfe des Geistes von Locarno wird es sicherlich möglich sein, auch alle anderen Fragen, die noch ungelöst sind, zwischen unseren früheren Gegnern und uns in scheidlich-friedlicher Weise zu erledigen.

Wie wird sich nun der Reichstag als Vertretung des deutschen Volkes angehts der durch die Rückwirkungen

geschaffenen außenpolitischen Lage verhalten? Sicher ist das eine, daß mit Ausnahme der Deutschvölkischen, der Deutschnationalen und Kommunisten alle Parteien dem Vertragswerk von Locarno zustimmen und die Anschauung vertreten, daß die Rückwirkungen im großen und ganzen genügend sind. Die Mehrheit für Locarno dürfte etwa zwei Drittel des gesamten Parlaments umfassen. Bei der Abstimmung wird allerdings eine Zweidrittelstimmenmehrheit verfassungsrechtlich nicht nötig sein.

Mit diesen Feststellungen ist heute die Frage der Abstimmung im Reichstag jedoch noch keineswegs entschieden. Denn wir wissen ja, daß gleichzeitig das Problem der neuen Regierungsbildung hier mit hineinspielt. Die Sozialdemokratie wird wahrscheinlich nur dann an Stelle der nun endgültig ausgeschiedenen und gegen Locarno festgelegten Deutschnationalen die Verantwortung übernehmen wollen, wenn eine Regierung gebildet wird, die ihnen gewisse Garantien, und zwar auf längere Dauer bietet. Die Sozialdemokratie wird wohl nicht für eine Taktik zu haben sein, die es gestattet, daß die Deutschnationalen bei wichtigen außenpolitischen Abstimmungen das Regierungszimmer durch die eine Tür verlassen, um bei innerpolitischen Entscheidungen das Regierungszimmer durch die andere Tür wieder zu betreten.

Josef Wirth hat ganz richtig auf dem Zentrumsparteitag in Kassel gesagt: „Wer uns hilft, die außenpolitische Linie, die in den Völkerbund führt, zu gewinnen, der muß auch innerpolitisch bei der Verteilung der Lasten herangezogen werden. Man kann Außenpolitik, Steuern und Zölle von einander nicht trennen; denn die Zölle und Steuern bedeuten doch im Grunde die Verteilung der Lasten, die wir außenpolitisch übernommen haben.“ Dementsprechend hat sich denn auch der Zentrumsparteitag in Kassel, auf den wir morgen noch näher eingehen werden, außenpolitisch für Locarno und innerpolitisch für die Große Koalition ausgesprochen.

Die Frage ist nur, ob die Deutsche Volkspartei im Reich ehrlich bereit sein wird, eine Politik der Großen Koalition auch innerpolitisch mitzumachen. Kann sie sich nicht dazu entschließen, hält sie die wirtschaftspolitische Verwandtschaft mit den Deutschnationalen für zu stark, dann müßte sich allerdings im Reichsparlament ein Zustand ergeben, der letzten Endes nur durch Parlamentsauflösung und Neuwahlen befohen werden könnte.

Jedenfalls werden die kommenden Tage nicht nur außenpolitisch, sondern auch innerpolitisch für unser gesamtes Volk von weittragender Bedeutung sein. Daß nach Lage der Dinge die Bildung der Großen Koalition im Reich die besten Chancen für die Zukunft bietet, unterliegt gar keinem Zweifel. Und vielleicht wird der Verlauf des deutschvölkischen Parteitages auch einen überzeugten haben, daß mit der Deutschnationalen Volkspartei eine vernünftige Außenpolitik doch nicht zu führen ist.

Allerdings würden nach der Unterzeichnung in London außenpolitische Dinge das Terrain nicht mehr so sehr beherrschen. Und das ist wohl auch die Rechnung der Deutschnationalen, daß sie hoffen, der Reichstag werde mit den Sozialdemokraten das außenpolitische Problem erst schon erledigen, damit dann die Deutschnationalen später, wenn es um innerpolitische Dinge geht, frohgemut wieder in ihre alten Regierungssitze zurückkehren können.

Über den Stand der deutsch-polnischen Handelsverhandlungen erfährt W.B.: Am 17. d. M. traten im Auswärtigen Amt die Ausschüsse der Delegationen unter dem Vorsitz der beiderseitigen Bevollmächtigten zu einer Besprechung über das nächste Arbeitsprogramm zusammen. Nach eingehender Aussprache einigte man sich dahin, eine Kommission für Industrie- und Agrarprodukte zu bilden, welche im Laufe der nächsten Woche mit ihrer Arbeit beginnen soll.

Deutsch-amerikanischer Handel im September. In New York gelangten die Außenhandelsämter Deutschlands mit Amerika im September zur Veröffentlichung, aus denen eine Zunahme des Handelsverkehrs zu ersehen ist. Exportiert wurden nach Deutschland Waren im Werte von 52 117 000 Dollars gegenüber 34 114 000 Dollars im Vormonat und 44 909 000 Dollars im September vorigen Jahres. Die Einfuhr an Waren belief sich auf 15 077 000 gegenüber 13 769 000 Dollars beziehungsweise 18 157 000 Dollars.

Eröffnung des Remeländischen Landtags. Der Gouverneur des Remeländes hat durch eine Bekanntmachung den remeländischen Landtag zum 23. November einberufen.

Der Notenwechsel zur Entwaffnung und Räumung

Das letzte Stadium der Verhandlungen über die Entwaffnungsfrage wird durch die amtliche Veröffentlichung einer Reihe von Schriftstücken erläutert. Es sind dies: 1. die deutsche Note an die Völschafsterkonferenz vom 23. Oktober 1925, 2. die Note der Völschafsterkonferenz vom 6. November 1925, 3. die mündliche Erklärung des Generalsekretärs der Völschafsterkonferenz vom 14. November sowie endlich durch die bereits am Dienstag morgen veröffentlichte Note über die Räumung der nördlichen Rheinlandzone.

Die deutsche Note an die Völschafsterkonferenz vom 23. Oktober 1925 weist in Beantwortung der Kollektivnote der alliierten Regierungen vom 4. Juni 1925, in der der deutschen Regierung diejenigen Forderungen zur Kenntnis gebracht werden, deren Nichterledigung die Alliierten daran hinderte, die Deutschland auferlegten militärischen Verpflichtungen als erfüllt anzusehen und die nördliche Rheinlandzone zu räumen, darauf hin, daß die deutsche Regierung schon vor der Übergabe der Note die Abrüstung in den wesentlichen Punkten durchgeführt habe. Die deutsche Regierung — so heißt es in der Note weiter — ist nunmehr in der Lage mitzuteilen, daß eine sehr erhebliche Zahl der in der Kollektivnote aufgeführten Forderungen inzwischen erfüllt ist und die Erledigung der überwiegenden Mehrzahl der übrigen Forderungen bis zum 15. November ds. Js. in sichere Aussicht gestellt werden kann. Von den gegenwärtigen Forderungen bleiben dann nur noch Fragen übrig, deren Erledigung infolge besonderer Schwierigkeiten noch nicht entscheidend gefördert werden konnte. Die deutsche Regierung ist jedoch der Auffassung, daß auch diese Fragen befriedigend geregelt werden, wenn den deutschen Lebensnotwendigkeiten Rechnung getragen wird. Unter diesen Umständen glaubt die deutsche Regierung, daß die Voraussetzungen für die endgültige Erledigung aller Fragen schon jetzt gegeben sind und darf daher wohl erwarten, daß die Völschafsterkonferenz bereit ist, die Interalliierte Militärkommission mit entsprechenden Weisungen zu versehen. — Der Note ist eine Übersicht beigelegt, in der die in der Kollektivnote der alliierten Regierungen behandelten Fragen in vier Listen nach dem damaligen Stand ihrer Erledigung gruppiert sind.

In der Antwortnote der Völschafsterkonferenz wird „mit Freude festgestellt“, welche Anstrengungen die deutsche Regierung gemacht hat, um sich den von ihnen in der Note vom 4. Juni aufgestellten Forderungen anzupassen. Insbesondere haben sie sich mit Genugtuung die Gewißheit verschaffen können, daß, abgesehen von einzelnen Punkten, die noch von der Kontrollkommission überprüft werden müssen, der von dieser Kommission über den bereits durchgeführten Teil des Programms erstatteten Bericht sich mit den Angaben deckt, welche in der als Anhang zur deutschen Note beigelegten Liste enthalten sind. Die Note geht sodann auf verschiedene Einzelheiten ein und gibt der deutschen Regierung die Versicherung, daß ihre Vorschläge im Geiste des weitestgehenden Entgegenkommens geprüft werden. Nichtsdestoweniger wird die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung darauf gelenkt, daß die Polizei des Charakters einer militärischen Organisation entfeindet und die Verbände jeder Art verhindert werden müssen, sich mit militärischen Fragen zu befassen und irgendeine Verbindung mit dem Reichswestministerium oder irgendeiner anderen militärischen Stelle zu unterhalten. Ebenso muß die hinsichtlich des Oberbefehls vorgesehene Lösung zum Ziele haben, die Aufrechterhaltung oder die Aufstellung von Kommandobehörden zu unterlassen, die den Kruppenkommandos untergeordnet sind. Wenn die deutsche Regierung Wünschen der alliierten Regierung in dieser Hinsicht Rechnung trägt, so hat die Völschafsterkonferenz die bestimmte Hoffnung, daß es ihr nach Kenntnisnahme der deutschen Vorschläge zu diesem Punkt möglich sein wird, das Datum festzusetzen, an dem die Räumung der ersten Besatzungszone stattfinden kann.

Die mündliche Erklärung des Generalsekretärs der Völschafsterkonferenz Masquill, gegenüber dem deutschen Völschafster in Paris vom 15. November führt aus, daß die Völschafsterkonferenz nach Kenntnisnahme der letzten deutschen Vorschläge beschlossen habe, den Beginn der Räumung der Kölner Zone für den 1. Dezember festzusetzen.

Zwischen der letzten bereits mitgeteilten Note der Völschafsterkonferenz vom 16. November und der Erklärung des Generalsekretärs liegen weitere Verhandlungen. Diese bezogen sich auf folgende Punkte:

1. **Polizei.** Offen waren drei Punkte geblieben, nämlich die Art der Einstellung der Schutzpolizeibeamten, die Amtsbezeichnung der Schutzpolizeioffiziere und die Stärke der kasernierten Polizei. Die nunmehr vereinbarte Regelung bezieht sich den Wünschen der Länder entsprechend in der Richtung, daß die Schutzpolizeibeamten auf Grund der in den einzelnen Ländern geltenden, den allgemein beamtenrechtlichen Bestimmungen oder auf Grund der nur für die Ordnungspolizei geltenden Sonderbestimmungen angestellt werden können. — Hinsichtlich der Amtsbezeichnung der Polizeioffiziere sowie hinsichtlich der Kasernierung ist den politischen Notwendigkeiten der deutschen Länder Rechnung getragen worden.

2. **Oberbefehl:** Bei der Frage des Oberbefehls handelt es sich um die Stellung des Chefs der Heeresleitung, gemäß den Bestimmungen des Vertrages von Versailles. Seine Befug-

nisse sollen durch eine Verordnung umschrieben werden, die dem Artikel 8 des in Geltung befindlichen Wehrgesetzes vom 23. Dezember 1921 entspricht.

3. **Ausbildung der Truppen:** Hier waren noch einige Punkte strittig, die sich auf die Ausbildung einiger Truppengattungen mit bestimmten Waffen bezogen. Für diese Punkte ist jetzt eine neue Regelung gefunden, die den militärischen Notwendigkeiten der Reichswehr in genügender Weise Rechnung trägt.

4. **Festung Königsberg:** Die noch offene Frage der Armierung der Festung ist dahin geregelt worden, daß die zwei Geschütze den deutschen Wünschen entsprechend bewegliche Lafetten behalten.

5. **Behandlung der in Deutschland bestehenden privaten Verbände und Organisationen:** Es handelt sich nicht um die Auflösung der Verbände, sondern um die Handhabung des Gesetzes vom 22. März 1921, das die militärische Betätigung dieser Verbände verbietet. Das Gesetz wird durch eine Ausführungsverordnung erneuert werden.

Die vorstehend behandelten Fragen haben, wie bekannt, schon seit langem den Gegenstand schwieriger Auseinandersetzungen mit der Interalliierten Militärkommission gebildet. Sie waren es in erster Linie, die einer endgültigen Regelung der Entwaffnungsfrage entgegenstanden. Nachdem nunmehr für diese Fragen eine grundsätzliche Regelung gefunden wurde, bleibt von der Gesamtheit der Fragen nur noch die technische Abwicklung von einigen Punkten übrig, bei denen neue Schwierigkeiten oder Meinungsverschiedenheiten mit den Alliierten Regierungen nicht mehr zu befürchten sind. Dem entsprechend ist auch die der Interalliierten Militärkommission noch verbleibende Aufgabe nur eine rein technische, deren Erledigung nicht allzu lange Zeit in Anspruch nehmen wird. Mit dem Abbau der Kommission ist bereits begonnen.

Zur Räumung Kölns

23. Wiesbaden, 18. Nov. (Tel.) Wie der hiesigen „Rheinischen Volkszeitung“ mitgeteilt wird, wurde in der gestrigen Zusammenkunft der Oberbefehlshaber der französischen, englischen und belgischen Rheinarmee beschlossen, die englische Besatzung nach dem Abzug aus Köln sofort nach Wiesbaden zu verlegen.

Nach Meldungen aus Brüssel werden bei der in der Zeit vom 1. Dezember 1925 bis zum 15. Februar 1926 vorgesehenen Räumung der Kölner Zone zuerst wahrscheinlich die belgischen Truppen, die von der Biegung des Rheines und der holländischen Grenze am weitesten entfernt untergebracht seien, nach Erfeld und dann nach Belgien zurückgezogen werden. Die ein Armeekorps starke belgische Besatzungsarmee werde um eine Infanteriedivision verringert werden, ja, vielleicht werde man auch nur eine Infanteriedivision und eine leichte Brigade zurüchlassen.

Die Locarno-Verträge

Die Zustimmung des Reichskabinetts

Zu dem bereits mitgeteilten Kommuniqué über die gestrige Sitzung des Reichskabinetts erfahren die Blätter von zuständiger Stelle, daß die Kabinettsitzung einen prinzipiellen Charakter trug und demgemäß der Beschluß auch nur ein prinzipieller war. Die formelle endgültige Beschlußfassung erfolgt erst nach Rücksprache mit den Ländern, die, wie mitgeteilt, am morgigen Donnerstag stattfinden soll. Dem Kabinett sei der Beschluß nicht leicht gefallen, weil die Rückwirkungen hinter den Erwartungen, mit denen man von Locarno geschieden sei, zurückgeblieben seien. Wenn trotzdem die Reichsregierung zur Unterzeichnung am 1. Dezember bereit sei, so habe sie sich dabei von der allseitig getroffenen Feststellung leiten lassen, daß der Vertrag von Locarno den Anfang einer neuen politischen Ära in Europa bedeute.

Gewerkschaftsvertreter beim Reichskanzler

Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen Bericht über den Empfang von Gewerkschaftsvertretern beim Reichskanzler Dr. Luther, in welchem es unter anderem heißt: Die Vertreter der Gewerkschaften waren Dienstag Abend beim Reichskanzler eingeladen, um von ihm über die Verhandlungen von Locarno und die daraus folgenden Rückwirkungen unterrichtet zu werden. Der Reichskanzler erläuterte die Notwendigkeit der Unterzeichnung des Vertrages, die insbesondere auch im Interesse der deutschen Wirtschaft geboten sei und sprach die Hoffnung aus, daß eine möglichst große Mehrheit des Volkes sich hinter den Vertrag von Locarno stellen möge.

Der Vertreter des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes erklärte, daß die freien Gewerkschaften aus politischen und wirtschaftlichen Gründen das Werk von Locarno durchaus billigten und nur wünschten, daß es in Zukunft auch im Geiste der Verhandlungen von Locarno durchgeführt und weiter fortgesetzt werde. Im Laufe der Aussprache wurde auch auf die innerpolitische Lage, die sich aus dem Rücktritt der deutschnationalen Minister aus der Regierung ergeben habe, hingewiesen. Sowohl Dr. Luther wie auch Dr. Stresemann, der gleichfalls der Unterredung beizuhöhen, erklärten (immer noch dem „Vorwärts“), daß die Besprechung mit den Gewerkschaftsführern nicht die geeignete Gelegenheit sei, diese Frage zu erörtern, daß aber auch nach ihrer Meinung der Vertrag von Locarno wertlos wäre, wenn Deutschland es an seiner lokalen Durchführung fehlen lassen würde.

Erleichterungen für das besetzte Gebiet

22. Mainz, 18. Nov. (Tel.) Nach einem von der hiesigen Savasagentur veröffentlichten Kommuniqué der Rheinland-Kommission hat diese mit Rücksicht darauf, daß das Abkommen von Locarno im besetzten Gebiet eine Atmosphäre der Entspannung und Annäherung zeitigen soll, zu ihren Ordonanzen und Instruktionen Erleichterungen getroffen, die mit dem Versailler Vertrag, dem Rheinlandabkommen und den Notwendigkeiten der Besatzung im Rahmen der allgemeinen Bedürfnisse der alliierten Regierungen im Einklang stehen. So wird u. a. folgendes bekannt gegeben:

Das System der Delegierten wird ab 1. Dezember 1925 aufgehoben. Die vorhergehende Prüfung der Suspendive der Rheinlandkommission wird abgeschafft. Die Rheinlandkommission behält sich aber in Gemäßheit des Rheinlandabkommens das Recht vor, Wortlaute zu erteilen, die der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit und den Bedürfnissen der Armeen widersprechen. Gewisse durch die Ordonanzen vorgesehene Strafen werden herabgesetzt. Für den Verkehr werden noch weitere Erleichterungen getroffen, insbesondere was die Ausweispapiere für das besetzte Gebiet betrifft. Erleichterungen werden auch getroffen bezüglich der Verhängung von Strafen für leichte Delikte. Die Strafbefugnisse, welche die Delegierten bezüglich der Presse bisher hatten, werden abgeschafft. Die Gerichtsgewalt wird auf die Rheinlandkommission und die kommandierenden Generale beschränkt. Die Verwaltungsinstanzen selbst werden nur von der Rheinlandkommission ergriffen und erst nachdem sie vor einem Gerichtsausschuß gekommen sind, dem ein Deutscher als Mitglied angehört. Das

Recht, eine Versammlung zu verbieten, bleibt der Rheinlandkommission vorbehalten. Die Verpflichtung, das Fliegen anzusetzen und das Verbotrecht der Besatzungsbehörden sowie die Verpflichtung an den Waren Freistafeln anzubringen und gewisse andere Formalitäten werden abgeschafft. Der A-befehlshaber hat die Absicht befestigt, die Aufstellung von Radioanlagen grundsätzlich zu gestatten. Die postalische Zensur wird abgeschafft. Gewisse polizeiliche Befugnisse hinsichtlich der Schiffsahrt werden abgeschafft. Die alliierten Behörden haben endlich die Absicht, amnestiemaßnahmen zu ergreifen.

Zur heutigen Locarno-Debatte im Unterhaus

22. London 18. Nov. (Tel.) Die Redner in der heutigen Locarno-Debatte werden sein: Chamberlain, MacDonald, Lloyd George und Bonarby, der einen Änderungsantrag der Arbeiterpartei einbringen wird. Ebenso werden die Liberalen einen Änderungsantrag zu Chamberlains Antrag stellen. Der liberale Antrag besagt: Das Unterhaus beglückwünscht den Staatssekretär des Äußern zu seiner in Locarno vollbrachten Leistung. Bedauerlich sei, daß der Pakt vereinbart worden sei, ohne eine Beratung mit den Dominions zu sichern. Das Unterhaus betrachtet den Pakt als einen Schritt, dem sofort weitere Anstrengungen der internationalen Abrüstung und den möglichst baldigen Eintritt Rußlands in den Völkerbund folgen sollen. Der Antrag Chamberlains besagt, daß das Unterhaus die Ratifikation des gegenseitigen Garanties vorstehenden Vertrages, der in Locarno am 18. Oktober paraphiert und dem an diesem Tage unterzeichneten Schlußprotokoll angehängt wurde, billigt.

In der belgischen Kammer

Der Minister des Äußern Vandervelde erklärte: Einer der Vorteile des Vertrages von Locarno besteht darin, daß Deutschland freiwillig die territoriale Regelung anerkennt, die mit Waffengewalt durchgesetzt wurde. Was den Vertrag von Locarno vom belgischen Standpunkt aus ihren ganzen Wert verleiht, das ist die Tatsache, daß sie uns eine befriedigende Lösung des Sicherheitsproblems bringen. — Nachdem Vandervelde noch der Rückwirkungen des Vertrages von Locarno auf das Regime in den besetzten Gebieten gedacht hatte, wandte er sich gegen die Auffassung, daß der Vertrag gegen Rußland gerichtet sei und schloß: Der Vertrag von Locarno würde nur ein Versprechen ohne Folgen sein, wenn er nicht zum baldigen Zusammenritt und Erfolg einer Konferenz für die Einschränkung der Rüstungen führen würde, die künftig im Vordergrund der Sorgen aller stehen müsse; denn allein eine gleichzeitige und proportionale Rüstungseinschränkung werde die Sicherheit aller ermöglichen.

Nach Vandervelde sprach Symans seine volle Zustimmung zu den Worten des Ministers aus und begrüßte das Abkommen von Locarno. Der Fortschritt ist unbestreitbar und wir können den Frieden haben, wenn man ihn zu wollen versteht.

Jaquer beglückwünschte dann Vandervelde und sagte: Wir belgischen Unterzeichneten, die unsere Sicherheit gewährleisten, darunter sogar diejenige Deutschlands, die von Nutzen ist, wenn man ihr auch nicht den Wert beilegen kann, den wir den Unterzeichneten unserer Alliierten beimessen. — Vandervelde erklärte im Verlaufe der Sitzung noch: Wir haben von den Besprechungen mit den deutschen Delegierten die Überzeugung heimgebracht, daß auch sie ein großes Bedürfnis nach Frieden empfinden. Wir werden Deutschland gegenüber auf der Hut bleiben. Ich habe kein blindes Vertrauen zu Zukunft, aber ich stelle fest, daß wir die Würdigkeit Englands und Frankreichs und die hohe Garantie des Völkerbundes besitzen.

Keine Änderung der Politik der Sowjetunion

22. Moskau, 18. Nov. (Tel.) Zu den wiederum in der europäischen Presse verbreiteten Gerüchten über eine angebliche Änderung des Standpunktes der Sowjetunion gegenüber dem Vertrag von Locarno sowie über eine angebliche Bereitschaft Rußlands, seinen Beitritt zum Völkerbund zu erklären, betont ein Leitartikel der „Zwetsjka“ ausdrücklich, daß die Sowjetunion ihr abweichendes Verhalten dem Völkerbund sowie dem Ergebnis von Locarno gegenüber unverändert beibehalte.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und Hindenburg

Gegenüber Mitteilungen der Reichspresse zum Empfang Hindenburgs in Frankfurt führt die „Frankf. Ztg.“ folgendes aus: „Auf dem Frankfurter Opernplatz war von Organisationen ausschließlich das Reichsbanner aufmarschiert und kein anderer Verband oder Verein. Hinter der Front von mehr als 2000 uniformierten Reichsbannerleuten stand nicht ein beliebiges Publikum (das man jetzt gar noch als „vaterländisch“ im Gegensatz zum Reichsbanner erscheinen lassen will), sondern es standen da an die 10 000 andere Mitglieder des Reichsbanners und der drei republikanischen Parteien, die ausbrüchlich zu dieser Kundgebung aufgerufen hatten. Es war auch nicht so, als ob Hindenburg gleichsam zufällig auf dem Balkon erschienen und einer in ihrer Zusammenkunft ihm unbekanntem „versammelten Menge“ gesamt hätte. Sondern sein Herausreten war ausdrücklich mit dem Reichsbanner vereinbart. Hindenburg wußte, zu wem er sprach. Er seinerseits nahm auch keinen Anstoß an dem Hoch auf die Republik, das programmäßig nach seinem Erscheinen ausgebracht wurde. Im Gegenteil, er nahm ja gerade in seiner Ansprache darauf Bezug: „Ich entnehme diesem Hoch, daß wir alle gleich treu zu unserem Vaterlande stehen.“ Dieses Verhältnis für die vaterländische Gesinnung von Männern, die alle auf ganz anderem politischen Boden stehen, beweist, daß Hindenburgs immer wiederholte Mahnung zur Einigkeit und Verständigung für ihn selbst keine Phrase ist. Das Reichsbanner hat zeigen wollen und hat es gezeigt, daß es ungeachtet aller politischen Gegnerschaft dem Reichsoberhaupt seinen Respekt erweist (was bekanntlich gegenüber dem ersten Reichspräsidenten bei seinen politischen Gegnern nicht üblich war). Hindenburg hat, das spürte jeder Augen- und Ohrenzeuge, verstanden, was das Reichsbanner wollte: er sprach zu ihm ausdrücklich von „dem Geist, der uns alle befeuert“. Leider zeigt das Echo dieser, wie gesagt von beiden Seiten gemollten und vorbereiteten Zusammenkunft, daß gerade in den Parteien und Verbänden, die Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt haben, noch gar nichts zu spüren ist von solchem Geiste edler Volksgemeinschaft, dem Geiste, der jederzeit über Parteinteressen und Parteigefühle das Vaterland setzt.“

Verhaftung des Sekretärs der Deutschen Volkspartei in Bogen. Wie die „Innsbrucker Nachr.“ melden, wurden in Bogen der Sekretär der Deutschen Volkspartei, Michael Wolfreiter und sein Sohn Friedrich verhaftet. Bei einer bei ihm vorgenommenen Hausdurchsuchung sollen auf einem Schreibtisch eine scharfe Handgarnatur und eine geladene 7,5 cm Granate sowie zwölf Revolverpatronen gefunden worden sein. Wolfreiter wird nicht gewußt haben, daß die Geschosse geladen waren, sonst würde er sie befestigt haben.

Politische Neuigkeiten

Auf dem Reichsparteitag des Zentrums

In Cassel nahm am Dienstag Reichskanzler a. D. Wirth nachmals das Wort zu Ausführungen, in denen er u. a. sagte: Auf dem außenpolitischen Gebiete bestehen keine Meinungsverschiedenheiten. Das Zentrum hätte aber die politische Linie im Kabinett stärker betonen können. Der Standpunkt, den Stegerwald in seinem belanntem Artikel „rechts oder links“ auseinandergesetzt hatte, sei unpolitisch und führe zu schweren Auseinandersetzungen im Zentrum. Die neue Zeit verlangt, daß in einer Partei, die politisch auftritt, der Führer ist, der die Verantwortung politisch und in Wirklichkeit hat. Man hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich zu gute Beziehungen nach links unterhalte. Ich verleihe diesen Vorwurf nicht. Nach manchen Leuten sind Annäherungen nach rechts viel stärker, als es für uns gut ist. Auf eine Vereinbarung Stegerwalds, daß der Austritt Wirths in der Fraktion tiefes Bedauern ausgelöst hat, erwiderte Wirth: Ich kann mich ja geschneiden und besonders Sie, Herr Stegerwald, was ich kritisiere: Ich habe den großen Augenblick veräumt, die politischen Kräfte der Sozialdemokratie, die gewiß vorhanden waren, anlässlich einer Behandlung der Jollvorlage einmal praktisch für die Landwirtschaft und ihre Bedürfnisse heranzuziehen. Es ist nicht so, daß das Zentrum heute noch als rein katholische Partei bezeichnet werden kann. Viele Kreise von Katholiken haben sich dem Nationalismus längst zugewandt. Ich erinnere nur daran, daß weite Kreise von katholischen Studenten nicht mehr den Mut haben, ein Votum abzulehnen. Ich führe keinen aus dem Zentrumslager hinaus. Sorgen Sie dafür, daß Sie nicht durch falsche Taktik Millionen dem Nationalismus in die Arme treiben.

In Erwiderung auf die Ausführungen Wirths erklärte Reichskanzler a. D. Marx u. a.: Wenn Dr. Wirth an der Sitzung des Parteivorstandes und des Parteiaussschusses teilgenommen hätte, dann wären manche Mißverständnisse in seiner Rede unterblieben. In der letztgenannten Sitzung ist eine eingehende Statistik vorgelegt worden, aus der sich ergab, daß der prozentuale Anteil der Katholiken an den letzten Wahlen bei der Zentrumspartei vor 20 Jahren genau so gewesen ist, wie heute. Auch hinsichtlich der grundsätzlichen Stellung der katholischen Studenten zum Duell liege ein großer Irrtum Dr. Wirths vor.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärte, daß von der Partei das Prinzip nach rechts und links in gleicher Weise angewandt werden müsse, alle Kräfte und Parteien, die auf dem Boden der Verfassung die Verantwortung übernehmen wollten, im rechten Verhältnis heranzuziehen.

Im Verlauf der Sitzung ergriff Dr. Wirth noch einmal das Wort und erklärte: Es ist ganz klar, daß ich, wenn ich Ihnen diene, auch den Weg suchen muß, mit allen unseren Freunden zusammen bereit die Fäden daran zu tragen. (Stürmischer minutenlanges Beifall.)

Dr. Marx ergriff darauf das Wort unter stürmischem Beifall: Ich schlage in die Hand ein, die Dr. Wirth nach uns ausgeht. Wir werden die Auseinandersetzung im Geiste der Versöhnlichkeit und des friedlichen und verständnisvollen Zusammenwirkens fortsetzen. Die Einheit der Partei und Fraktion ist meines Erachtens durch diesen Ausgang des Parteitages gewährleistet.

Der Parteitag nahm zur Verfassung einstimmig folgende Entschlüsse an: Die Zentrumspartei ist ihrem Wesen nach eine Verfassungspartei. Ihre grundsätzliche Einstellung zum Staat ermöglicht ihr die Vergebung jed. Staatsform in der dieser Begriff seine Verwirklichung finden kann. Diese Vergebung darf sich nicht nur auf die Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen beschränken, sondern muß sich in positiver Mitarbeit auswirken. Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist eine entschlossene positive Einstellung zur Staatsform unumkehrbar geboten, je abhängiger die Staatsform von dem Willen des Volkes ist. Darum bekennt sich die Zentrumspartei zur deutschen Republik, die in der Weimarer Verfassung festgelegt ist und deren Schutz und Durchführung mit christlichem Geist sie als ihre Aufgabe und Pflicht betrachtet.

Mit besonderem Beifall wurde ein Antrag angenommen, der einen Gruß an die Auslandsdeutschen in Südtirol beinhaltet. Des weiteren fand eine Entschlüsse Annahme bei den Kreisabteilungen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß der Einzelhandel zu seinem Teil zum Kreisabbau beitragen möge.

Eine weitere Entschlüsse fordert zur Frage des Reichsbannergetriebes volle Anweisung des in der Verfassung ausgesprochenen Elternrechtes, die ungebundene Mitwirkung der Kirche in der religiös-fittlichen Erziehung und die Freiheit der Entwicklung der Bekenntnisschule. Annahme fand ferner eine Entschlüsse zur Lehrerbildung, in der es heißt, daß die neue Lehrerbildung in allen Ländern eine möglichst gleiche wissenschaftliche Höhe erhalte und gegenfällige Anerkennung finden soll. Gewünscht wird ferner ein starker Schutz der Jugend. Gegenüber der gewissenlosen Verführung durch Schulliteratur. Entschlüsse wurde ein Antrag angenommen, der deutschen Zentrumspartei seitens des Reichsparteitages volle Anerkennung für ihre mühevollen parlamentarische Arbeit auszusprechen. Eine weitere Entschlüsse des Reichsparteitages stellt fest, daß in allen grundlegenden politischen Fragen Abereinbarung der gesamten Partei besteht. Der Parteivorstand wurde mit der Fortführung der Verhandlungen in den Punkten, die noch nicht erledigt wurden, beauftragt.

Der bisherige Vorsitzende der Gesamtpartei, Reichskanzler a. D. Marx, wurde einstimmig wiedergewählt.

Nach einer Ansprache des Vorsitzenden, Reichskanzler a. D. Marx, wurde der Reichsparteitag geschlossen.

Der Lohnstreit in der chemischen Industrie. Die Tarifkommission der in der chemischen Industrie vertretenen Gewerkschaften hat, wie aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, den am Freitag gefällten Schiedsspruch, der eine Erhöhung des Lohnes um 2 Pfg. pro Stunde vorsah, abgelehnt und die Weiterführung des Lohnkampfes beschlossen. — Auch der Arbeitgeberverband hat in einer überaus zahlreich besetzten Mitgliederversammlung einstimmig den Schiedsspruch abgelehnt. Die Entschlüsse ruht nunmehr beim Reichsarbeitsminister.

Die Kabinettsbildung in Polen. Aus Erklärungen, die der mit der Kabinettsbildung beauftragte Graf Alexander Szynski Pressevertretern abgab, geht hervor, daß er die Absicht hat, eine auf eine breite Koalition gestützte Regierung von Parlamentariern zu bilden und bei vollem Gehör seiner Mission sogar unter Umständen auf den Vorstoß im Kabinett zu verzichten.

Zur Beilegung des griech.-bulgarischen Grenzstreitfalls. Die „Agence d'Athènes“ veröffentlicht eine Meldung, nach der der Völkerbund mit der Untersuchung des bulgarisch-griechischen Streitfalls beauftragte Kommission Montag nachmittag von dem griechischen Außenminister Rufos empfangen wurde. Sie habe mit ihm über eine Stunde über die Lage nachdenklich verhandelt, die geeignet seien, detaktive Zwischenfälle in Zukunft zu verhindern.

Der Wahlausfall in der Tschechoslowakei

Nach den jetzt vorliegenden amtlichen Ziffern hat die tschechische Regierungskoalition eine schwere Niederlage erlitten, da sie nur 3 100 000 Stimmen erhielt, während die Opposition 3 900 000 Stimmen zufielen. Da anzunehmen ist, daß die tschechische Gewerkepartei, auf welche 278 000 Stimmen entfallen sind, sich zur Regierungskoalition bekennen wird, wird sich zwar die in Opposition stehende Bevölkerungsmehrheit vermindern. Nichtsdestoweniger bleibt die Tatsache aufrecht, daß auch die Anhänger des Regierungssystems um 1/4 Million Stimmen weniger erhalten haben als dessen Gegner. Man schätzt die künftige Stärke der durch die Gewerkepartei erweiterten Koalition mit 155 von 300 Mandaten. Viel hängt von der Haltung der Slowaken mit ihren 20 Mandaten ab. Ein endgültiges Urteil wird sich erst nach Abschluß des am Sonntag stattfindenden zweiten Wahlganges ermöglichen lassen, der allerdings die Lage der Koalition verbessern wird. Zu erwähnen wäre noch, daß für die deutschen Parteien insgesamt 1 1/2 Millionen Stimmen abgegeben wurden.

Bei den Senatswahlen erhielten die republikanische Agrarpartei 15, die Kommunisten 13, die tschechische Volkspartei 11, die slowakische Volkspartei 10, die tschechischen Sozialisten 9, die tschechischen Sozialdemokraten 8, der Bund der Landwirte (deutsche Partei) 7, die deutschen Sozialisten 5, die Deutschnationalen und die Deutsch-Christlich-Sozialen 3, die Nationaldemokraten 2, die ungarische Christliche Landpartei, die tschechische Gewerkepartei und die deutschnationalistische Arbeiterpartei je 1 Mandat.

Der Führer der Deutschnationalen in der Tschechoslowakei, Dr. Ludmann, der im Wahlkreis Laum im ersten Wahlgang nicht gewählt wurde, hat nach einer Meldung der „Post. Ztg.“ aus Prag einen Aufruf an das Sudeten-deutsche Volk gerichtet, in welchem er erklärt, daß er den Rechte des Stimmrechts keinen Gebrauch machen werde, da er das erste Wahlergebnis als Ablehnung seiner Politik betrachte. Ludmann wird also dem Parlament nicht mehr angehören.

Ende des chinesischen Bürgerkrieges? Nach einer Agenturmeldung aus Peking haben Vertreter Feng Yu Siangs und Tschangschins ein Friedensabkommen unterzeichnet, wonach die mandschurischen Truppen sämtlich 30 Meilen östlich der Linie Peking-Dankau zurückgezogen werden sollen. Ferner wurde vereinbart, in Peking einen gemeinsamen Ausschuss einzusetzen, der über die Besetzung des Premierministerpostens, über die Reorganisation des Kabinetts und die Präsidenschaftswahlen Beratungen abhalten soll.

Badischer Teil

Zum 80. Geburtstag des Staatsministers a. D. von Brauer

Der Staatspräsident hat an den im Ruhestand lebenden Staatsminister von Brauer in Baden-Baden zu seinem 80. Geburtstag nachstehendes Telegramm gerichtet:

„Die Badische Staatsregierung entbietet Ihnen, Herr Staatsminister, eingedenk Ihrer hohen und vielseitigen Verdienste um Reich und Land zur Vollendung des 80. Lebensjahres aufrichtige Glückwünsche. Möge die Rückschau auf ein durch Arbeit und Erfolg gesegnetes Leben und das Bewußtsein, daß die Badische Heimat Ihrer stets dankbar gedenkt, Ihren Lebensabend verhüten und mögen Ihnen noch viele Jahre des otium cum dignitate besichert sein.“

Staatsminister Dr. Hellpach.“

Der Verkehr mit Düngemitteln

Die Naturdüngemittel-Genossenschaft G. m. b. H. in Heidelberg sucht durch Propagandavorträge und andere Mittel Absatz für ihre Ra-Düngen. Streudünger bei den bad. Landwirten zu gewinnen, trotzdem die Genehmigung zum Absatz dieses Düngemittels gemäß § 8 der Verordnung über künstliche Düngemittel vom 3. August 1918 (R. V. L. S. 999) noch nicht erteilt wurde, da die Firma den Nachweis über den Wirkungsgrad dieses Düngemittels noch nicht erbracht hat.

Die Landwirte tun gut daran, Zurückhaltung hinsichtlich der Verwendung dieses Nährdüngers solange zu beobachten, bis der Firma die amtliche Genehmigung zum Absatz erteilt ist.

Vom badischen Landtag

Die Meldung einzelner Blätter, daß der badische Landtag bereits am Donnerstag zu einer Vollversammlung zusammengetreten werde, auf deren Tagesordnung die Frage der Regierungsbildung stehen würde, trifft nicht zu. Am Donnerstag tritt die Zentrumsfraktion des Landtages nachmittags zusammen. Vorher ist, wie der „Bad. Beobachter“ meldet, mit einer Entscheidung in der Frage der Regierungsbildung nicht zu rechnen. Sollte aber am Donnerstag eine Entscheidung fallen, so wäre für spätestens Freitag mit dem Zusammentritt des Landtages zu rechnen, doch sei es kaum wahrscheinlich, daß der Wiederzusammentritt noch in dieser Woche erfolge. — Zur Frage der Regierungsbildung in Baden schreibt das Blatt, daß die diesbezüglichen Verhandlungen seit einigen Tagen vollständig ruhen. Die Führer der badischen Zentrumsfraktion seien vollständig auf dem Parteitag in Kassel und würden erst im Laufe des heutigen Tages zurück erwartet. Am morgigen Donnerstag nachmittags werde die Zentrumsfraktion des Landtages zusammenzutreten, um Stellung zu nehmen zu der Lage, wie sie durch die sozialdemokratische Ablehnung der großen Koalition gegeben wurde. Alle bisherigen Mitteilungen über die Frage der Regierungsbildung, wie sie in den letzten Tagen verschiedentlich aufgetaucht seien, gehören in das Reich der Phantasie, darunter auch die Meldung, daß die Große Koalition bereits fix und fertig sei und eine fertige Ministerliste vorliege.

Vom badischen Städtetag

Der für die nächsten Tage für Freiburg in Aussicht genommene Zusammentritt des badischen Städtetags kann aus verschiedenen Gründen nicht erfolgen. Die Tagung wird erst im Januar nächsten Jahres in Freiburg abgehalten werden.

Der „Große Tag des Badischen Bauernpferdes“

Im Jahre 1928 findet in Baden eine große Leistungs- und Eignungsprüfung von im Lande Baden gezüchteten Warmblutpferden statt. Diese Veranstaltung erhält die Bezeichnung „Großer Tag des Badischen Bauernpferdes“ und wird sich auf die Eignung der Pferde zur Zucht und zum landwirtschaftlichen Gebrauch erstrecken. Sie zerfällt in zwei Teile: Eine Vorprüfung hinsichtlich der Zügelstufung (mindestens 40 Zentner Nutzlast) und eine Hauptprüfung durch Trabfahren vor dem Trabertarren. Für diese Prüfung werden insgesamt 20 000 Mark ausgeworfen und zwar 10 000 Mark dem Ersten, 5000 Mark dem Zweiten, 3000 Mark dem Dritten und 2000 Mark dem Vierten. Zugelassen sind nur in Baden geborene lüdenlose nachweisbare von einem Obenburger Warmblut abstammende, mit dem Warmblutbrannt für Baden versehen und in die Landesguchtarkeit eingetragene Pferde. Mindestgewicht des Pferdes nicht unter 12 Zentner. Die Länge der zu durchlaufenden Strecke beträgt 2500 Meter. Eine ähnliche Veranstaltung ist auch für die Kaltblutpferde in Vorbereitung. Es ist zu erwarten, daß die Züchtung für das im Jahre 1928 vorzuführende dreijährige Pferd ein sehr gutes Resultat erbringt.

Am Sonntag lagte in Offenburg unter Vorsitz des Präsidenden Pauls der Landesverband zur Zucht und Prüfung des Badischen Pferdes im Hotel zur Sonne. Sämtliche badischen Zuchtvereine und Kennverbände waren vertreten, außerdem Freiburg und Haslach (Pfalz). Im nächsten Jahre wird voraussichtlich in Offenburg ein Landespferderennen stattfinden.

Badischer Städtebund

Der Badische Städtebund (Verband der mittleren Städte) hielt am 11. ds. Mts. in Karlsruhe eine Ausschußsitzung ab, zu der nahezu 80 Bürgermeister des Landes erschienen waren. Zunächst wurde die Frage der Aufwertung der Gemeindeanteile und Sparsparfenguthaben an der Hand der Gesetzgebung eingehend erörtert. Am Ende der Sitzung wurde beschlossen, ein Ausschuß für die Aufwertungsangelegenheiten einzurichten. — Die Mitwirkung der Gemeinden bei der Gesetzgebung ist den Gemeinden in § 20 der Verfassung zugesichert. Es wird eine Ausführungsvorschrift zu der Verfassungsbestimmung für unbedingt notwendig gehalten.

Die Regierung beabsichtigt, die fortlaufende Revision der elektrischen Anlagen durch Verordnung zu regeln. Die Städte erkennen die Notwendigkeit einer derartigen Revision an, verlangen aber, daß die Revision den Inhabern des Leitungsnetzes oder den Stromlieferanten übertragen wird, und lehnen die Belastung der Gemeinden mit den Kosten der Revisionen ab.

Dem Landtage ist ein Antrag zugegangen, daß die Gebäudesteuer ab 1. April 1928 nur noch für Wohnzwecke, dagegen nicht mehr zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs verwendet werden soll. Die Städte müssen diesen Antrag nachdrücklich ablehnen, solange ihnen nicht andere ausreichende Steuerquellen insbesondere zur Deckung des außerordentlich angewachsenen Fürsorgeaufwandes zur Verfügung gestellt sind.

Gemeinde-Rundschau

Der Stadtrat Heidelberg hat beschlossen, daß die für den Theaterumbau nach den vorliegenden Vorlagen noch benötigte Summe von 316 872 M. (Überschreitung) vorläufig aus dem Betriebsfonds entnommen werden soll und dieser Fond durch Einstellen von je 35 000 M. in den Voranschlägen 1928 bis 1933 wieder gutzubringen ist.

Der Folgertrag der Gemeindeverbände Randerns. Der Zuwachs an Holz in den Gemeindeverbänden der Stadtgemeinde Randern, ist, wie genaue Berechnungen der Forstdirektion ergeben haben, erheblich größer, als bisher angenommen, so daß der bisherige Diebstahl von jährlich 1000 Festmetern auf 1500 Festmeter erhöht werden kann. Ein außerordentlicher Holzdieb von 4000 Festmetern soll die nötigen Mittel zur Erweiterung der Kanalisation und Verbesserung der Wasserleitung erbringen.

Bürgermeisterwahl. Auch der für den vergangenen Sonntag anberaumte 2. Wahlgang der Bürgermeisterwahl in Kleinheim (A. Waldshut) verlief ergebnislos. Kandidat Franz Zsch. Scheuble erhielt 70, Gemeinderat E. Müller 67 und Ratsschreiber Edwin Scheuble 85 Stimmen. Es ist nun auf den nächsten Sonntag ein dritter Wahlgang angesetzt worden.

Bau einer Brücke bei Ivesheim. In einer Sitzung vom 12. Nov. hat der Heidelberger Bürgerausschuß den Ivesheim den Vertrag einer festen Brücke über den Neckar einstimmig genehmigt. Die Baukosten betragen 1,2 Millionen M., wovon Ivesheim rund 200 000 M. zu tragen hat. Die übrigen Kosten verteilen sich auf die Neckargemeinden. Die Brücke soll bis Ende des nächsten Jahres fertig sein.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Freiburg i. Br., 16. Nov. Im Alter von 49 1/2 Jahren ist hier der aus Karlsruhe gebürtige Mediziner und Schriftsteller Gustav Stegenbach plötzlich gestorben. Ursprünglich Finanzbeamter, quittierte er aus Gesundheitsrücksichten den Staatsdienst und trat 1911 zum Journalismus über, wobei er sich zunächst als Redaktionsvolontär beim „Badischen Beobachter“ betätigte. Er war dann Schriftleiter am „Beobachter am Main“ zu Aschaffenburg. Später war er im Dienst der Bayerischen Volkspartei in Bamberg tätig, um schließlich in München eine eigene politische Wochenschrift „Der deutsche Herold“ herauszugeben. Etwa vor einem Jahre siedelte Stegenbach nach Freiburg als freier Schriftsteller über. Sein Hauptinteresse galt der spanischen Politik, die er in fachkundigen Artikeln behandelte.

Dr. Furtwangen, 18. Nov. Zu einer Mitteilung, wonach in fast sämtlichen hiesigen Fabriken den Angestellten zum 1. Januar die Kündigung in Aussicht gestellt worden sei, erfahren wir zuverlässig, daß diese Kündigungen bereits ausgesprochen wurden, aber nur als Vorwarnmaßregel anzusehen sind. Die wirtschaftlichen Verhältnisse werden es evtl. notwendig machen, in den hiesigen Betrieben vom 1. Januar ab Kurzarbeit einzuführen, was zu der vorhergesagten Vorwarnmaßregel greifen ließe.

Dr. Ludwigshafen 17. Nov. Der Prototyp der hiesigen Maschinenfabrik Gebrüder Sulzer, A.-G., Ludwigshafen und Winterthur, Ernst Ober, ist nach bedeutenden Untersuchungen, die sich auf mehrere 100 000 Mark belaufen dürften, flüchtig geworden.

Aus der Landeshauptstadt

Die Überführung der Gebeine Richthofens

Der Sarg mit den sterblichen Überresten des deutschen Kampffliegers Herrn v. Richthofen, traf am Dienstag in einem französischen Eisenbahnwagen auf dem Kehler Bahnhof ein, wurde auf einen deutschen Wagen umgeladen und hat heute, Mittwoch morgen, Mehl verlassen. Eine große Anzahl ehemaliger Kameraden begleitete den Zug bis Appenweier. Als dieser auf dem Kehler Bahnsteig der Station Appenweier einließ, spielte die Musik den Choral „Jesus meine Zuversicht“. Im Auftrag des Militär- und Kriegervereins Appenweier, der durch eine Abordnung mit umflorter Fahne vertreten war, legte das Vorstandsmitglied Kadmann einen Kranz nieder, desgleichen für das Kampfgeschwader 1 Rittermeister Herr. Marschall von Oberstein und Bahnamtler Stengel für die Frontflieger. Als Vertreter der Familie Richthofen war der jüngere Bruder des Verstorbenen, Freiherr Karl Rode von Richthofen erschienen.

In Karlsruhe harrte heute vormittag auf dem Bahnsteig 5 des Hauptbahnhofes eine nach hunderten zählende Trauergemeinde des Eintreffens des Juges. Durch Abordnungen waren u. a. vertreten der Badische Militärvereinsverband, die Karlsruher Militär- und Waffenvereine, studentische Korporationen, sowie der Bund für Kriegsgräberfürsorge. Die Mitglieder des Karlsruher Fliegerbundes und Luftfahrtvereins hatten sich gleichfalls fast vollständig eingefunden. Kurz vor 9 Uhr lief der fahrplanmäßige Schnellzug unter den Klängen des Chorals „Jesus meine Zuversicht“ in die Bahnhofshalle ein, die umflorten Fahnen senkten sich ehrfurchtsvoll vor dem toten Helden. Zu dem Berg von Kranzen, die den Sarg bereits bedeckten, gesellten sich hier noch einige weitere der genannten Vereine und Korporationen. Für die Stadt Karlsruhe legte Stadtratsmitglied Dr. Hermann einen prächtigen Kranz mit Widmungsschleife in den badischen Farben nieder. Oberbürgermeister Bauer sprach namens des Volksbundes für Kriegsgräberfürsorge tief empfundene Worte zum Gedächtnis Freiherrn von Richthofens, dessen Name in den Herzen aller Deutschen dauernd fortleben werde. Nach einem Aufenthalte von nur wenigen Minuten verließ der Zug wieder die Halle. Entblöhten Hauptes sandte man dem Toten die letzten Grüße nach, wiederum senkten sich die Fahnen, und die Harmoniekapelle, die sich in unheimlich ruhiger Weise für den ergreifenden Akt zur Verfügung gestellt hatte, spielte die Weise „Ich hatt' einen Kameraden“. Von Appenweier ab durch das ganze badische Gebiet geben dem Juge Flugzeuge das Ehrengeleit.

In Heidelberg hatte sich schon lange vor dem Eintreffen des Juges auf dem Bahnhofe eine sehr zahlreiche Menschenmenge eingefunden. Es waren erschienen Abordnungen der ehemaligen Kampfflieger von Mannheim und Heidelberg, des Badischen Luftverkehrsvereins, des Deutschen Offizierbundes, des Badischen Kriegerbundes sowie die Vertreter der studentischen Körperschaft der Universität Heidelberg. Am 10 Uhr traf der Schnellzug, dem der Wagen mit den sterblichen Überresten Richthofens angehängt war, von Karlsruhe kommend ein. Beim Eintreffen des Juges entblöhte die Menge die Häupter. Die Vaterländischen Verbände und andere Vereine legten unter kurzen Ansprachen, in denen die vorbildliche Pflichterfüllung des toten Kampffliegers hervorgehoben wurde, Kranze an der Bahre Richthofens nieder. Während der Ehrung auf dem Bahnhof Heidelberg kreiste ein Flugzeug der Badischen Luftverkehrsgesellschaft über dem Bahnhof.

Badisches Landestheater. Die zweite Aufführung von Volkmar Andreae's erfolgreicher Oper in vier Akten „Abenteurer des Casanova“, die am Freitag den 20. November stattfand, wird auf Einladung der Generaldirektion des Landestheaters der Komponist selbst dirigieren. Am Sonntag, den 22. November geht unter musikalischer Leitung von Ferdinand Wagner „Lohengrin“ in Szene. Den „Telramund“ singt als Ehrengast Kammeränger Max Bittner, für den erkrankten Herrn Walter Barth. Den „Lohengrin“ singt zum erstenmal Wilhelm Kuntwig. Die übrige Besetzung ist die der Erstaufführung. — Shakespeares unsterbliche Komödie „Was ihr wollt“, deren Reueinstudierung und Neuinszenierung durch Felix Vaumbach am Samstag, den 21. November zum erstenmal in Szene geht, gelangt mit der Bühnenmusik von Günther Ramin und mit einer die einzelnen Szenen verbindenden Überleitungsmusik zur Darstellung, die für diesen besonderen Zweck von Heinrich Lebinger komponiert wurde. Insofern bei dieser Aufführung des Werks zum erstenmal nicht die solange gebräuchliche Schlegel-Tiedschke Übersetzung, sondern die von Hans Rother-Weipzig verwendete wird, dessen Übertragung einer Anzahl anderer Shakespeare-Dramen, wie Macbeth, König Lear, Wie es Euch gefällt, Richard der Zweite, Kaufmann von Venedig bereits durch andre führende Bühnen wiederholt benutzt wurden und eingehende literarisch-kritische Würdigung erfahren haben, darf sogar von einer „Erstaufführung“ gesprochen und ein gesteigertes Interesse an diesem Shakespeare-Abend erwartet werden.

Das zweite Konzert der im Rahmen der Schweizer Tage stattfindenden musikalischen Veranstaltungen am Donnerstag, den 19. November, 8 Uhr, im kleinen Festhallaal bringt als Hauptdarbietung die örtliche Erstaufführung von Othmar Schoeds „Elegie“, einer Liedfolge für Singstimme und Kammerorchester nach 24 Texten von Lenau und Eichendorff. Die lyrische Schöpfung des in Zürich lebenden Liebkomponisten hat in vielen deutschen Konzertsälen schon lebhafteste Bewunderung und Anerkennung gefunden. Othmar Schoed selbst wird das aus ersten Mitgliefern des Landestheaterorchesters gebildete Kammerensemble dirigieren. Solist ist der ausgezeichnete Werner Parison Felix Loeffel, dem das Werk sozusagen auf den Leib geschrieben wurde. Eine wertvolle Ergänzung erfährt der Abend weiterhin durch die Tatsache, daß es noch gelungen ist, Walter Reuber, Heidelberg, den auch hier schon vortrefflich eingeführten Schweizer Pianisten, für den schwierigen Klavierpart zu gewinnen. Zuvor bietet sich aber auch Gelegenheit, ihn als Solisten zu hören. Er wird von dem im Gesamtprogramm sonst nicht vertretenen Juräcker Komponisten Emil Fret, der u. a. eine Choralsphantasie für Klavier (op. 33) zum Vortrag bringen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe von 8 Uhr morgens. Der gestrige Tag brachte in der Rheinebene Temperaturen, die 2 Grad unter dem Normalen lagen. Das Maximum betrug 3 Grad, auf dem Feldberg 2 Grad. Die Ebene lag unter einer Hochnebeldecke. Der Hochschwarzwald ragte darüber hinaus und hatte Sonne. — Die Druckverteilung hat sich nicht wesentlich verändert. Das Hoch liegt über Danemark und hat sich allseitig verstärkt. Über Italien ist der Druck weiter gefallen. Über den Golf von Genua hat sich eine Zyklone entwickelt. Voraussage für Donnerstag: Vielfach tiefe Wolken, noch meist trocken, Nordostwind, Temperatur wenig verändert.

E. Büchle

Inhaber: W. Bertsch
Kaiserstraße 128
Spezialhaus für

Bilder u. Einrahmungen

Gute Ausführung bei
billigst. Berechnung
Große Auswahl

